

Fridays for Future Tübingen

# KOMMUNALE FORDERUNGEN 2024



Foto: donteatthelangosch



# PRÄAMBEL

Die ersten Monate des Jahres 2024 waren weltweit die heißesten seit Beginn der Wetteraufzeichnung. Ein Temperaturrekord jagt den nächsten, Extremwetterereignisse nehmen rasant zu. Antonio Guterres, der Generalsekretär der UNO, warnt: „Wir sind auf einem Highway in die Klimahölle und haben den Fuß auf dem Gaspedal“<sup>1</sup>. Deutschland hat währenddessen sein CO<sub>2</sub>-Budget für einen gerechten Beitrag zum 1,5-Grad-Ziel schon überschritten. Gleichzeitig schafft die Bundesregierung die verbindlichen Sektorziele ab und entkernt damit das Klimaschutzgesetz.

In einer Krise wie dieser ist es unerlässlich, dass auch Kommunen Verantwortung übernehmen und alle ihre Handlungsspielräume nutzen, um für Klimagerechtigkeit einzustehen.

Im November 2020 hat der Tübinger Gemeinderat einstimmig beschlossen, dass Tübingen bis 2030 klimaneutral werden soll. Gemeinsam mit diesem Beschluss wurde auch ein Maßnahmenpaket verabschiedet, das verschiedene Schritte benennt, die die Stadt zu diesem Ziel führen sollen. Seitdem ist einiges passiert, aber bis zur Klimaneutralität 2030 ist es immer noch ein weiter Weg. In den Debatten der letzten Jahre hat sich gezeigt, dass sich auch in Tübingen noch viel Widerstand regt, wenn es um konkrete Klimaschutzmaßnahmen geht.

Daher fordern wir den Gemeinderat und die Stadtverwaltung auf, mit aller Entschlossenheit auf das Ziel „Tübingen klimaneutral 2030“ hinzuwirken und sich in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken, der Tübinger Bevölkerung und anderen Akteur\*innen für eine klimagerechte Zukunft einzusetzen.

Uns ist bewusst, dass wir mit diesem Forderungskatalog keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben können - das wollen wir auch nicht. Die hier vorgeschlagenen Maßnahmen sind das, was aus unserer Perspektive dringlichst umgesetzt werden muss. Natürlich bestehen hierbei auch Wechselwirkungen mit anderen Bereichen. So können beispielsweise Ziele beim Ausbau der erneuerbaren Energien nur mit den notwendigen Fachkräften umgesetzt werden.

---

<sup>1</sup> <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/klima-klimakonferenz-cop27-waldschutz-100.html>

# Inhaltsverzeichnis

I. KLIMASCHUTZPROGRAMM	1
II. ENERGIE	2
III. VERKEHR	6
IV. BAUEN UND WOHNEN	12
V. BIODIVERSITÄT	14
VI. ERNÄHRUNG	16
VII. KLIMAWANDELANPASSUNG	17
VIII. QUERSCHNITTSTHEMEN	19
IX. NACHWORT	21

# I. Klimaschutzprogramm

Wir fordern einen **Zeitplan** für die Umsetzung der im Klimaschutzprogramm genannten Maßnahmen. Außerdem soll der Gemeinderat in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken zweijährliche Reduktionsziele für alle Sektoren beschließen, sodass hier ein klarer Zielpfad bis zur Klimaneutralität 2030 deutlich wird. Dies sorgt für Transparenz und ermöglicht eine Kontrolle der Fortschritte.

Zudem fordern wir, dass neben den schon vorhandenen Sachstandsberichten zum Klimaschutzprogramm einmal **jährlich ein Klimaschutzbericht** für Tübingen erstellt und veröffentlicht wird. Dieser soll neben den im letzten Jahr umgesetzten und angestoßenen Maßnahmen auch eine aktuelle CO<sub>2</sub>-Bilanz enthalten. Uns ist bewusst, dass die Stadt für die vollständige Bilanzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen von Tübingen auf Zahlen vom Land angewiesen ist. Das Land hängt allerdings mit der Bilanzierung stark hinterher, so stammen die aktuellsten Zahlen aus dem Jahr 2021. Jedoch kann die Stadt auch ohne die Zahlen vom Land eine eigene vorläufige Bilanzierung vornehmen, vor allem in den Sektoren Strom und Wärme sowie für den ÖPNV. Die Stadt Konstanz macht dies vor.

Neben den Entwicklungen des letzten Jahres soll der Bericht auch einen Ausblick auf das kommende Jahr enthalten, indem die geplanten Maßnahmen aufgezählt und erläutert werden.

Um die Transparenz für die Tübinger Bürger\*innen zu steigern, sollen alle Berichte auf der Homepage der Stadt unter dem Punkt „Tübingen klimaneutral 2030“ gesammelt aufzufinden sein.

Ebenso können Fortschritte wie z. B. bei der installierten PV-Leistung auf dem Tübinger Stadtgebiet anschaulich dargestellt werden.

# II. Energie

Ein wichtiger Baustein zum Ziel „Tübingen klimaneutral 2030“ ist die Umstellung unserer Energieversorgung auf 100% erneuerbare Energien.

## 1. Strom

Der Sektor Strom macht ca. 22 % des Tübinger Endenergiebedarfs aus. Der Bedarf ist dabei über die letzten Jahre relativ konstant knapp unter 400 GWh pro Jahr geblieben. 2023 wurden 69 % des Tübinger Strombedarfs durch Erneuerbare gedeckt, also z. B. durch Windkraft und Photovoltaik.

### 1.1 Windkraft in Tübingen

Bisher drehen sich in Tübingen keine Windräder, das könnte sich jedoch in den nächsten Jahren ändern.

Die Stadtwerke Tübingen planen bei Kusterdingen einen Windpark. Bis zu drei Windkraftanlagen könnten dort einen Beitrag zur Tübinger Klimaneutralität leisten - wenn die Bundeswehr dem keinen Strich durch die Rechnung macht. Es ist unerlässlich, dass Tübingen auch lokale Verantwortung übernimmt und seinen Stromverbrauch so weit wie möglich durch Anlagen vor Ort deckt. Deswegen müssen neben Kusterdingen noch **weitere Standorte** wie der Rammert in Angriff genommen werden. Bei allen Windkraft-Projekten sollen finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger\*innen geschaffen werden.

### 1.2 Photovoltaik

Im Klimaschutzprogramm der Stadt Tübingen ist das Ziel verankert, die installierte PV-Leistung in Tübingen bis 2030 auf 200 MW-Peak zu erhöhen. Damit könnte die Hälfte des derzeitigen Strombedarfs Tübingens gedeckt werden.

Um dieses Ausbauziel zu erreichen, müssen wir aber deutlich an Tempo zulegen.

#### 1.2.1 Die Tübinger Dächer nutzen

In Tübingen sind noch viele Dächer leer, die sich für PV-Anlagen eignen würden. Um das zu ändern, muss in den nächsten Jahren einiges passieren.

Bei Neubauten und umfangreichen Dachsanierungen greift bereits die PV-Pflicht. Die große Herausforderung liegt aber im Bestand. Daher fordern wir, dass sich die Stadt auf Landesebene für die Einführung einer PV-Pflicht auch für Bestandsgebäude einsetzt.

Soweit noch nicht geschehen, müssen **Parkhäuser mit Photovoltaik-Anlagen** ausgestattet werden. Für Parkplätze sollen Überdachungen mit PV-Anlagen geschaffen werden.

Auf allen städtischen Gebäuden müssen schnellstmöglich PV-Anlagen installiert werden. Die Stadt sollte hier als Vorbild vorangehen.

Ein Teil Tübingens, in dem bisher noch kaum PV-Anlagen auf den Dächern zu finden sind, ist die Tübinger **Altstadt**. Hier verbietet die Altstadtsatzung weitgehend, derartige Anlagen zu montieren. Wir fordern, dass diese Satzung geändert wird.

Am Ende braucht es vor allem auch die Mitarbeit der Tübinger\*innen. Nur wenn sich immer mehr Hausbesitzer\*innen und Gewerbetreibende entscheiden, PV-Anlagen auf ihren Dächern anzubringen, können wir unsere Ausbauziele erreichen.

Ein „**Zielbarometer PV-Ausbau**“ auf der Homepage der Stadt und an repräsentativen Stellen in der Stadt kann den Fortschritt, den wir im Hinblick auf unser Ausbauziel erreichen, öffentlich sichtbar machen - und für viele ein Ansporn sein, sich über die Förderkulissen und Pachtmodelle bei der Stadt und den SWT zu informieren.

### 1.2.2 Mehr Freiflächen für PV

Mit den Lustnauer Ohren haben die Stadtwerke 2022 ihre erste Freiflächen-PV-Anlage in Tübingen errichtet. In diesem Jahr folgt die zweite Anlage auf den sogenannten Traufwiesen. Zwar sind PV-Anlagen auf Dächern weniger konfliktreich als solche auf der freien Fläche, jedoch werden wir alleine mit diesen das erforderliche Bautempo nicht erreichen können. Zum Vergleich: Die Anlage auf den Traufwiesen erzeugt nach Angaben der Stadtwerke so viel Strom wie 1.700 Dachanlagen.

Daher müssen so schnell wie möglich **weitere Potenziale für Freiflächenanlagen** ermittelt und mit der Umsetzung der Projekte begonnen werden. Auch Ideen zur Kombination mit landwirtschaftlicher Nutzung (Agri-PV) sollen hier Einzug finden.

### 1.3 Dunkelflauten überwinden

Die Speicherung von Strom wird mit dem steigenden Anteil der Erneuerbaren in den nächsten Jahren immer mehr an Bedeutung gewinnen. Hier ist in Tübingen bisher wenig passiert. Wir fordern die Stadt und den Gemeinderat auf, **Möglichkeiten zur Speicherung** von Strom zu erarbeiten, damit Zeiten, in denen Sonne und Wind keine Energie liefern, überwunden werden können. Hierfür könnte auch eine Kooperation mit der Universität Tübingen angestoßen werden.

Zudem sollen auch die Potenziale für die Erzeugung von Wasserstoff aus überschüssiger erneuerbarer Energie und dessen Nutzung geprüft werden.

### 1.4 Senkung des Stromverbrauchs

Neben der Umstellung der Stromversorgung auf erneuerbare Energien müssen wir auch alle Möglichkeiten nutzen, Strom einzusparen. Hierfür soll die Stadt, wo immer möglich, bei der Straßenbeleuchtung auf "**Licht nach Bedarf**" umstellen. Dabei soll die Möglichkeit geprüft werden, die Straßenbeleuchtung mithilfe von Bewegungssensoren nur nach Bedarf einzuschalten und anderweitig komplett auszuschalten. Wichtig ist dabei auch, dass dadurch das Sicherheitsgefühl aller Bürger\*innen nicht beeinträchtigt wird.

Zudem soll die Stadt gezielt auf Akteur\*innen mit einem hohen Stromverbrauch wie z. B. Unternehmen oder die Universität zugehen und mit diesen Pläne zur Einsparung von Strom erarbeiten.

## 2. Wärme

Der Bereich der Wärme wird in der öffentlichen Diskussion neben den Themen Strom und Verkehr oft vernachlässigt. Dies wird der Bedeutung dieses Sektors nicht gerecht. Die Wärmeversorgung macht über die Hälfte des städtischen Endenergiebedarfs aus. Das ist mehr als doppelt so viel wie der Bedarf des Stromsektors.

### 2.1 Ausbau der Wärmenetze

In Tübingen existieren bereits mehrere Wärmenetze, durch die Haushalte mit Fernwärme versorgt werden. Der große Vorteil von Fernwärme bei der Energiewende liegt darin, dass mit der Umstellung des Netzes auf erneuerbare Energien auf einen Schlag eine große Anzahl an Haushalten mit klimaneutraler Wärme versorgt wird.

Die **Wärmenetze** müssen daher so schnell wie möglich **weiter ausgebaut** werden. Dabei soll die Stadt die Stadtwerke, wo immer notwendig und möglich, unterstützen.

### 2.2 Erneuerbare Fernwärme

Ein gut ausgebautes Wärmenetz hilft bei der Umstellung auf eine erneuerbare Energieversorgung nicht, solange es noch mit fossilen Energieträgern betrieben wird. Eine der zentralen Herausforderungen im Bereich der Wärme ist daher der Umbau zu 100 % erneuerbaren Wärmenetzen. Hierfür müssen **alle Potenziale für klimaneutrale Wärmeerzeugung** ausgeschöpft werden, wie beispielsweise Solarthermie oder die Nutzung von Abwasser- und Flusswärme sowie die Abwärme aus industriellen Prozessen und Rechenzentren.

Unter anderem müssen hierfür weitere geeignete Flächen für **Solarthermieanlagen** ermittelt und gesichert werden, damit schnellstmöglich mit der Umsetzung begonnen werden kann. Die geplante Solarthermieanlage im Au-Gebiet ist hier nur ein erster wichtiger Schritt.

Ein viel diskutiertes Thema im Wärmesektor ist die **Nutzung von Holz** zur Wärmegewinnung. Auch wenn diese einige Probleme mit sich bringt, werden wir auf sie wahrscheinlich nicht verzichten können, wenn wir unseren Wärmebedarf bis 2030 ohne Öl, Erdgas und Co. decken wollen. Für uns ist jedoch klar, dass alle anderen erneuerbaren Optionen der Wärmeerzeugung Vorrang vor der Holzverbrennung haben müssen. Diese Potenziale müssen ausgeschöpft werden, auch wenn dies mit höheren Kosten verbunden ist. Nur für den durch die anderen Möglichkeiten nicht abdeckbaren Rest kommt eine thermische Verwertung von Holz in Betracht.

Verwertet werden darf nur **Rest- und Schadholz**, welches aus nachhaltiger Forstwirtschaft stammt. Zudem muss Wert auf **Regionalität** gelegt werden. Aus diesem Grund soll die Stadt in Zusammenarbeit mit der Region die bestehenden Potenziale für entsprechendes Holz aus der Umgebung ermitteln und mit dem erwarteten Bedarf der verschiedenen Gemeinden abgleichen. Nur so ist eine realistische Einschätzung darüber möglich, wie viel Holz Tübingen aus der Region beziehen kann und was durch Importe gedeckt werden müsste.

### 2.3 Weg von fossilen Heizungen

In den Gebieten, die in den nächsten Jahren nicht an die Tübinger Wärmenetze angeschlossen werden, müssen **klimaschädliche Heizungsanlagen ausgetauscht** werden. Hier soll Tübingen seine Förder- und Beratungsangebote erweitern und gezielt mit Informationsprogrammen auf die Bürger\*innen zugehen. Zudem soll sich die Stadt bundesweit für eine Austauschpflicht von Öl- und fossilen Gasheizungen einsetzen.

### 2.4 Senkung des Wärmebedarfs

Auch im Bereich der Wärme müssen wir in den kommenden Jahren mehr Energie einsparen. Um auch Privatpersonen die energetische Sanierung ihrer Häuser zu erleichtern, fordern wir das (Wieder-)aufleben lassen der kostenlosen Energieberatungskampagne „Energiekarawane“, auch für Privatpersonen. Bei dieser Energieberatung müssen nicht Bürger\*innen die Beratung aufsuchen, stattdessen kommen die Berater\*innen nach Ankündigung direkt zu den Hauseigentümer\*innen. Außerdem kann nach einer erfolgten Beratung eine Sanierungsprämie von 500 Euro beantragt werden.

Ein mögliches Prinzip könnte außerdem darin bestehen, dass die Hauseigentümer\*innen automatisch zu einer solchen Beratung angemeldet werden und sich aktiv abmelden müssen.

# III. Verkehr

Wie können wir Tübingen und das Umfeld zu einer Stadt machen, in der die klimafreundliche Variante die bessere und bequemere Wahl für die Menschen ist? Dafür sollen keine klimaschädlichen Großprojekte mehr geplant werden, sondern alle Entscheidungen für einen zukunftsfähigen, auf Fuß-, Rad- und ÖPNV-ausgelegten Verkehr getroffen werden.

## 1. Schindhaubasistunnel

Der Schindhaubasistunnel ist ein Teil des geplanten vierspurigen Ausbaus der B27 und soll vom Bläsibad bei Derendingen bis hinter das Französische Viertel führen. In zwei Röhren soll so der Verkehr auf der bisherigen B27 um die Stadt herumgeführt werden. Der Tunnel wird seit über 20 Jahren geplant. Wir sehen die Vorteile einer Umgehungsstraße und vor allem auch das lang ausstehende Versprechen einer verkehrsberuhigten Straße für die Anwohner\*innen. Jedoch können wir uns in Zeiten der immer weiter fortschreitenden Klimakrise derartige Infrastrukturprojekte für den Autoverkehr nicht mehr leisten. Eine Studie des Wuppertal Institutes für Klima, Umwelt und Energie fordert für einen gerechten Beitrag Deutschlands zum 1,5 Grad-Ziel ein Moratorium für den Fernstraßenbau<sup>2</sup>. Jedes Projekt, das das Autofahren attraktiver macht, führt zu einem höheren Verkehrsaufkommen. Auch die Stauproblematik werde bestenfalls kurzfristig, nicht aber auf Dauer gelöst, wie unter anderem eine Veröffentlichung des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages aus dem Jahr 2021 aufzeigt<sup>3</sup>. Zudem verursacht der Bau enorme CO<sub>2</sub>-Emissionen.

Deswegen fordern wir die **Einstellung der Planung** des Schindhaubasistunnels zum schnellstmöglichen Zeitpunkt. Die Planung eines solchen großen Projekts ist sowohl mit den bundesweiten als auch mit den lokalen Klimazielen nicht vereinbar. Wir fordern daher einen transparenten Umgang mit der Tunnelplanung und deren Sinnhaftigkeit, eine erneute Prüfung des Sachverhalts und die Entwicklung klimaneutraler Alternativen.

Nach Aussage des Regierungspräsidenten Tappeser wird der Tunnel nicht innerhalb der nächsten 20 Jahre fertiggestellt werden<sup>4</sup>. Somit kann er mittelfristig keine Entlastung für die Anwohner\*innen bieten und selbst bei Tunnelbau wäre das Verkehrsaufkommen innerhalb der Südstadt weiterhin groß.

Daher müssen unabhängig von der Frage des Tunnels insbesondere für die Südstadt zeitnah **neue Verkehrskonzepte für eine Entlastung** erarbeitet werden. Wir fordern schon jetzt eine Erhöhung der Lebensqualität durch gezielte und umfangreiche Maßnahmen. Das Leben in der Südstadt sollte Vorrang haben vor einem reibungslosen Verkehr durch dieses großräumig bewohnte Gebiet. Mögliche Maßnahmen wären hier beispielsweise bessere Ampeltaktungen, Pfortnerampeln, Tempo 30 sowie zusätzliche Querungen über die B27.

---

<sup>2</sup> <https://wupperinst.org/a/wi/a/s/ad/5169>

<sup>3</sup> <https://www.bundestag.de/resource/blob/855100/a3a015f40fee3b8182c41bc48c362277/WD-5-044-21-pdf-data.pdf>

<sup>4</sup> <https://www.tagblatt.de/Nachrichten/15000-Module-an-der-B27-Tuebingensgroesste-PV-Anlage-ist-bald-fertig-620428.html>

## 2. Umverteilung des Verkehrsraumes

Einen zentralen Bestandteil der Verkehrswende stellt die Umverteilung des Verkehrsraumes zugunsten von ÖPNV sowie Rad- und Fußverkehr dar.

### 2.1 Autofreie Altstadt

Wir fordern, dass die **gesamte Altstadt autofrei** wird. Aktuell sind vor allem die Oberstadt rund um Marktplatz und Holzmarkt autofrei, doch auch die restlichen Teile wie die Collegiumsgasse und die weitere Unterstadt sollen zugunsten der Aufenthaltsqualität nicht mehr für motorisierten Individualverkehr (MIV) befahrbar sein. Dabei sind Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten, die den Lieferverkehr und weitere relevante Nutzungen ermöglichen, wobei jedoch auf eine tatsächliche Reduzierung in Form von begrenzten Zeiträumen geachtet werden soll. Die frei werdenden Parkplätze können in dringend benötigte Fahrradstellplätze, Grünflächen oder Sitzgelegenheiten umgewandelt werden und damit die Attraktivität der Altstadt steigern.

Am **Haagtorplatz** sollen die vorhandenen Parkplätze aufgelöst werden und, wie bereits im letzten Sommer erfolgreich getestet, durch eine für die Gemeinschaft zuträgliche Begrünung und Umnutzung als Aufenthaltsort ersetzt werden.

### 2.2 Unicampus

Ein zentraler Ort für Studierende ist der Uni-Campus im Tal. Bisher wird dieser jedoch durch den Autoverkehr auf der Wilhelmstraße zerschnitten. Zur Steigerung der Aufenthaltsqualität und zur Aufwertung des Campus fordern wir, dass die **Wilhelmstraße** (bis Mohlstraße) **frei vom motorisierten Individualverkehr** wird. Dies ist nur mit einer **Auflösung des Einbahnstraßenrings** realisierbar. Hierfür fordern wir die Erarbeitung eines Konzepts wie bereits im Klimaschutzprogramm beschrieben.

## 3. Sicherheit und Barrierefreiheit für alle Tübinger\*innen

Für eine sozial gerechte Verkehrswende fordern wir für alle Bevölkerungsgruppen einen **sicheren und barrierefreien Zugang** zu allen Verkehrsmitteln. Wir fordern eine regelmäßige Prüfung der aktuellen Barrierefreiheit in Zusammenarbeit mit betroffenen Gruppen und eine Überarbeitung der unzureichenden Stellen. Dazu gehören zum Beispiel Bänke an den Fahrrad- und Fußwegen für ältere Menschen, die Beleuchtung der Bushaltestellen und die bauliche Trennung von Verkehrsabschnitten für Fußgänger\*innen, Radfahrer\*innen und den Autoverkehr.

Auch bessere Überwege über Straßen sind wichtig, um die Sicherheit und die Attraktivität der Stadt für Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen zu steigern.

Eine ausreichende Breite sowohl für Fußgänger\*innen als auch für Radfahrer\*innen soll immer geprüft und je nach Bedarf angepasst werden. Diese beiden Gruppen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, indem beispielsweise Radwege auf Kosten von Fußwegen verbreitert werden.

## 4. ÖPNV

Ein guter und zuverlässiger öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) ist unumgänglich, damit Menschen langfristig auf ein eigenes Auto verzichten können.

Damit eine sozialgerechte Verkehrswende nachhaltig gelingen kann und sich der Mehrwert eines gut funktionierenden ÖPNVs für die Gesellschaft auch in guten Arbeitsbedingungen niederschlägt, schließen wir uns den Forderungen des Bündnisses "**Tübingen fährt voraus**" an. Wir fordern ein 15 Euro Deutschlandticket für alle sowie ein 0 Euro Deutschlandticket für Schüler\*innen, Studierende, Azubis, Kreisbonuscardinhaber\*innen und Rentner\*innen. Zudem braucht es bessere Arbeitsbedingungen für die Tübinger Busfahrer\*innen (mehr Personal, höhere Löhne, bezahlte Pausen).

Weiterhin fordern wir, dass der Umstieg zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln erheblich erleichtert wird. Dabei sollen bereits funktionierende Systeme aus anderen Städten in Betracht gezogen werden. So wäre ein stärker beworbener und deutlich erkennbarer (Lasten-)Fahrradverleih am Bahnhof oder eine Einführung eines Stadtfahrrads, das in der ersten Stunde kostenlos nutzbar ist, denkbar. Auch eine Verbindung des ÖPNV-Tickets mit einer Carsharing- oder E-Roller Nutzung ist sinnvoll, um möglichst viele Strecken ohne ein eigenes Auto attraktiver zu gestalten.

Zudem sollte das Verkehrssystem begrünt werden, z. B. durch Begrünung an Bushaltestellen. Durch kühlende Grünflächen wird das Stadtklima verbessert und Tübingen als Stadt klimaresilienter. Zudem kann die Biodiversität gesteigert und die Aufenthaltsqualität erhöht werden.

#### 4.1 Bussystem in Tübingen

Damit Busfahren in Tübingen attraktiver wird, fordern wir, dass die **Bustaktung erhöht** wird, vor allem zu Stoßzeiten in Richtung Morgenstelle. Für die Außenorte Tübingens fordern wir eine bessere Anbindung, u. a. durch eine Verstärkung des Ruf-Bus-Netzes. Dieses soll darüber hinaus mittels einer benutzer\*innen-freundlichen Anwendung, wie zum Beispiel einer App oder einer Bedientafel, einfach nutzbar werden.

Bis 2030 müssen in Tübingen **alle Busse elektrisch** oder mit einer anderen klimaneutralen Antriebsart fahren. Dabei halten wir einen bevorzugten Austausch der ältesten Busse vor den erst neu angeschafften Diesel-Bussen für sinnvoll, damit eine möglichst ressourcenschonende Umrüstung gelingen kann. Zudem soll beim Einsatz der Busse verstärkt auf verschiedene, an den jeweiligen Bedarf angepasste Busgrößen geachtet werden, um Leerfahrten zu vermeiden.

#### 4.2. Regionalstadtbahn

Eine gute und ökologische Alternative zum MIV (motorisierten Individualverkehr) für die Region Tübingen bietet die "**Regionalstadtbahn Neckar-Alb**". Wir fordern deswegen, dass die Stadt sich für eine **möglichst schnelle Umsetzung** des Ausbaus der Regionalstadtbahn einsetzt. Dies schließt auch ein, dass die ausreichende und zügige Finanzierung der Regionalstadtbahn oberste Priorität haben muss.

Gerade die **Zollern-Alb-Bahn** als Teilstrecke der Regionalstadtbahn verläuft fast parallel zur B27 und verbindet so das Umland mit Tübingen über die Schiene. Damit hier eine Umverteilung des Verkehrs auf die Schiene gelingt, was auch zur nachhaltigen Entlastung der Verkehrssituation in der Südstadt beitragen würde, muss die Zollern-Alb-Bahn **schnellstmöglich elektrifiziert und zweigleisig ausgebaut** werden.

Für uns als Fridays For Future Ortsgruppe zählt weiterhin die Stadtbahn mit Innenstadtstrecke durch Tübingen als beste Möglichkeit, eine sozial gerechte Verkehrswende effizient zu erreichen. Wir fordern daher eine **ergebnisoffene Debatte** über **alternative Streckenführungen**.

### 4.3 Nahverkehrsabgabe

Wir halten die Nahverkehrsabgabe für eine sinnvolle Maßnahme, vor allem, um Verbesserungen im ÖPNV zu finanzieren. Hier fordern wir, dass sich die Stadt Tübingen für eine sozial gerechte Variante auf Landesebene einsetzt, deren Ausschüttung für die gesamte Stadtbevölkerung nutzbar gemacht wird. Dabei soll auch eine Befreiung von der Abgabe für bestimmte Bevölkerungsgruppen bedacht werden.

## 5. Rad- & Fußverkehr

Sowohl der Rad- als auch der Fußverkehr sind für einen zukunftsfähigen und ökologischen Verkehr wichtig. Daher fordern wir, dass in Tübingen den Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen **Vorrang** eingeräumt wird. Um den Fußverkehr, die klimafreundlichste Form der Mobilität, ohne Kompromisse zu verbessern, sind beispielsweise ein breiterer Gehweg an Nadelöhr-Stellen wie dem Nonnenhaus und eine gleichermaßen für Radfahrer\*innen wie für Fußgänger\*innen ausgelegte Ampelschaltung notwendig.

Zudem fordern wir, wie auch die Gruppe „Critical Mass“, eine **priorisierte Umsetzung des Radverkehrskonzepts** der Stadt. Die Stadt soll dafür einen Zeitplan für bauliche Maßnahmen erarbeiten, sodass transparent wird, welche Maßnahmen zu welcher Zeit geplant sind.

### 5.1 Fahrradmitnahme in Bussen verbessern

Da in Tübingen viele tägliche Strecken durch Steigungen geprägt sind, muss die Fahrradmitnahme in Bussen verbessert werden. So soll verhindert werden, dass Radfahrer\*innen an Bushaltestellen in mehrere Busse hintereinander nicht einsteigen können, da sie mit ihrem Fahrrad in vollen Bussen nicht mitgenommen werden können.

Dafür müssen Lösungen entwickelt und geprüft werden, die den Wechsel zwischen Rad- und Busverkehr in Tübingen deutlich attraktiver machen. Beispielsweise wären zwischengetaktete Busse oder Fahrradanhänger (zumindest im Sommer) denkbar. Auch eine genaue Anzeige in der App über die Auslastung der Busse oder bessere und überdachte Abstellmöglichkeiten an Haltestellen wären hilfreich.

### 5.2 E-Bikes und Lastenräder

Wir unterstützen die Förderung zur Anschaffung eines E-Bikes für den Eigenbedarf durch die Stadtwerke und fordern deren Weiterführung.

Auch Lastenräder sind ein wichtiger Baustein für einen klimafreundlichen (Klein-) Transport. Deswegen fordern wir für diese neben passenden Abstellplätzen ebenfalls ein einfaches Leihsystem, wie es beispielsweise in Konstanz bereits etabliert ist.

## 5.3 Sicherheit

Damit das Radverkehrswegenetz von allen Tübinger\*innen umfassend genutzt werden kann, muss dieses attraktiver und sicherer gestaltet werden. Dafür fordern wir:

- Baulich getrennte und breitere Radwege beispielsweise durch den Rückbau der Parkflächen für den MIV (motorisierten Individualverkehr)
- Den Ausbau von Fahrradstraßen
- Grüne Ampelwellen, die auf die Radgeschwindigkeit ausgelegt sind
- Das Entwickeln neuer Lösungen für kritische Stellen, hier soll vor allem der Weg zu den Kliniken/ der Morgenstelle an der Schnarrenbergstraße überarbeitet werden, der bisher eine unverhältnismäßige Gefährdung für Radfahrer\*innen darstellt.
- Bessere Fahrradpumpen an Radstationen
- Den Tausch der Spuren für Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen im Tunnel unter dem Schlossberg

Darüber hinaus schließen wir uns der Forderung der Gruppe „Critical Mass“ nach sicheren Fuß- und Radwegen aus den Wohngebieten zu den verschiedenen Schulen an. Gerade Kinder und Jugendliche haben einen besonderen Sicherheitsbedarf im Straßenverkehr. Vor den Schulen muss es wenigstens zu Schulbeginn und -schluss verkehrsberuhigte Bereiche geben.

## 6. MIV (Motorisierter Individualverkehr)

Eine Verkehrspolitik, die die Klimakrise ernst nimmt, muss den motorisierten Individualverkehr so weit wie möglich einschränken und durch attraktive Alternativen ersetzbar machen.

### 6.1 Parkraum

Wir halten eine **Reduzierung der Parkflächen** stadtweit für unabdingbar (siehe hierzu auch Biodiversität). Eine Verkehrswende weg vom motorisierten Individualverkehr hin zu klimafreundlicheren Alternativen bietet große Chancen für eine lebenswerte Stadt.

Die durch die Einschränkung des MIV frei werdenden Parkflächen bieten vielseitige Möglichkeiten, überall im Stadtbild die Lebensqualität zu erhöhen, indem sie für alle nutzbar gemacht werden und durch Entsiegelung zu Biodiversität und zu einem guten Stadtklima beitragen.

Wir fordern eine **Erhöhung der Parkgebühren** und der Preise für das **Anwohner\*innenparken** sowie eine Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung, wie sie im Klimaschutzprogramm vorgesehen ist. So soll der Preis von Parkausweisen für Anwohner\*innen auf 30 Euro im Monat erhöht werden. Hierbei muss auf eine sozialverträgliche Umsetzung geachtet werden. Dafür sollen Konzepte, z. B. zur Erhöhung der Gebührenpflicht für Besucher\*innen und zur Staffelung der Gebühren für Anwohner\*innen, z. B. nach Umweltschädlichkeit, Autogröße oder Einkommen entwickelt werden.

Für Carsharing-Autos sollen keine Parkgebühren innerhalb der Ausleihzeit gezahlt werden müssen. Zudem soll Carsharing durch weitere Regelungen gefördert werden.

## 6.2 Tempo-30 in der Stadt

Wo immer es rechtlich möglich ist, fordern wir eine **Umwandlung in Tempo-30-Zonen**. Darüber hinaus soll sich Tübingen weiterhin dafür einsetzen, dass Kommunen das Recht erhalten, Tempo-30-Zonen ohne Angabe von Gründen einzuführen.

## 6.3 Geteilte Verkehrsmittel

Als großen Teil der Verkehrswende sehen wir neben dem Umstieg auf den ÖPNV den **Ausbau der Sharing-Optionen** an, da sie kleine Strecken und die Mikro-Mobilität innerhalb der Stadt einfach und ressourcenschonend ermöglichen.

So fordern wir eine E-Lastenrad Förderung, die sich weiter erhöht, wenn kein Auto vorhanden ist oder es ersatzlos abgemeldet wird, wie beispielsweise in Stuttgart. Eine ähnliche Regelung für den Umstieg auf Carsharing ist ebenfalls wünschenswert. So können die letzten Strecken, die vom ÖPNV nicht abgedeckt werden, sinnvoll und ohne eigenes Auto zurückgelegt werden.

# IV. Bauen und Wohnen

Der Bereich Bauen und Wohnen muss auf dem Weg zu einer klimaneutralen Stadt unbedingt mitgedacht werden. Die Art der Bau- und Wohnweise nimmt nicht nur Einfluss auf den Energieverbrauch (in Deutschland benötigen private Haushalte 1/4 des gesamten Energieverbrauchs), sondern auch auf den Flächenverbrauch. Durch die immer weiter steigende Wohnfläche pro Kopf steigt die Flächenversiegelung, die nicht nur das Hochwasserrisiko erhöht, sondern auch Klimawandelanpassungsmaßnahmen, wie z. B. Grünflächen, den Platz nimmt.

Deshalb hat sich auch die Stadt Tübingen im Klimaschutzprogramm vorgenommen, bis 2030 den Neubau auf das erforderliche Mindestmaß zu reduzieren. Durch die **effizientere Nutzung von** bereits vorhandenem **Wohnraum** soll nicht nur der Ressourcenverbrauch beim Bau reduziert, sondern auch der spezifische Wärmebedarf pro Person durch dichteres Wohnen gesenkt werden. Wir unterstützen diesen Ansatz und fordern, dass diese Maßnahmen weiterhin umgesetzt werden.

## 1. Neubauten und Bauen von öffentlichen Gebäuden

Die Stadt Tübingen bietet bereits viele **Förderungen im Bereich energieeffizientes Bauen und Sanieren**. Eine energetische Sanierung kann den Energieverbrauch bis auf die Hälfte reduzieren. Damit dieses Potenzial ausgeschöpft wird und möglichst viele Tübinger\*innen davon Gebrauch machen, ist es essenziell, dass diesen Förderungen mehr Aufmerksamkeit zukommt und sie besser beworben werden.

Doch nicht nur im Bereich Energie, auch bei der Wahl des Baumaterials können viele Emissionen eingespart werden, indem beispielsweise **nachwachsende Rohstoffe** (Holzfasern, Flachs, Hanf, Zellulose oder Stroh) verwendet werden. Auch hierfür setzt sich die Stadt Tübingen bereits ein, wie beispielsweise mit dem Feuerwehrhaus in Lustnau, das nach hohen Energiestandards und mit vielen Holzmaterialien gebaut wurde.

Wir fordern, dass diese Maßnahmen und Förderungen verstärkt werden. Außerdem soll eine **Pflicht zum Neubau mit nachwachsenden Rohstoffen** eingeführt werden. Dabei soll selbstverständlich auf Sicherheit und bauliche Machbarkeit geachtet werden. Weiter fordern wir, dass die Stadt bei der Vergabe von Flächen für Neubauten auch auf das Nachhaltigkeitskriterium achtet. Gleiches gilt für Fassaden- und Dachbegrünungen.

Um die Flächenversiegelung durch Neubauten zu reduzieren, braucht es einen verstärkten Ausbau von Dachgeschossen und die Umnutzung von leerstehenden Gebäuden. Dabei ist es uns besonders wichtig, die **Vorbildfunktion von städtischen Gebäuden** hervorzuheben. Deshalb sollen hier alle Möglichkeiten der klimaneutralen und klimangepassten Bauweise ausgeschöpft werden.

## 2. Grüne Stadt der kurzen Wege

Bei der Quartiersplanung sollen nicht nur die Energieeffizienz, sondern u. a. auch folgende Faktoren berücksichtigt und als maßgebliche Kriterien beachtet werden:

Zur Klimawandelanpassung fordern wir **Fassaden-, Dach- und Straßenbegrünung**, sowie ausreichende Wasser- und Grünflächen im Sinne des Schwammstadt-Prinzips.

Wir unterstützen insbesondere auch verkehrsberuhigte Bereiche sowie mehr Fußgänger\*innenzonen.

Alle Wohnviertel sollen darauf ausgerichtet sein, dass dort jede Generation komfortabel auch ohne Auto leben kann und dass Kindergärten, Schulen und Arztpraxen sowie Apotheken gut fußläufig oder mit dem Fahrrad zu erreichen sind, wie es schon frühzeitig im Französischen Viertel konzipiert wurde. Mehr-Generationen-Häuser sollen dabei besonders nah an ärztlicher Versorgung geplant werden.

Wir begrüßen die Beteiligung der Genossenschaft Neustart Tübingen an der Planung des Marienburger Areals, deren Ziel es ist, eine sozial und ökologisch ausgerichtete Nachbarschaft zu errichten.

### 3. Wohnen, aber nicht allein

Wohnraum soll gerecht verteilt werden und zugänglich für alle sein. Eine Herausforderung stellen dabei die steigenden Wohnflächen pro Person dar. Ein besonders großer Wohnflächenverbrauch pro Kopf besteht bei den zahllosen Einfamilienhäusern:

Sobald die Kinder ausziehen, leben Eltern oftmals allein in einem für 4-5 Personen ausgerichteten Wohnraum. Ein Umbau oder Umzug ist meist nur schwer umsetzbar. Deswegen fordern wir, dass **Wohngemeinschaftsprojekte, eine Verkleinerung der Wohnung und Wohnungstausche gefördert** werden. Hier braucht es viele kreative Lösungsansätze und Konzepte, um die Wohnfläche pro Kopf zu reduzieren.

Gemeinschaftliches Wohnen bringt viele Vorteile mit sich, wie beispielsweise das Zeit- und Energieeinsparen beim Kochen in gemeinnützigen Kantinen, einen geringeren Ressourcenverbrauch bei der gemeinsamen Nutzung von Reparaturwerkstätten oder auch eine kulturelle Bereicherung und Austausch in flexibel nutzbaren Gruppenräumen oder in Coworking-Spaces. Wir fordern, dass diese **alternativen Wohnformen** von der Stadt Tübingen vermehrt gefördert und unterstützt werden. Um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, begrüßen wir außerdem Initiativen wie das 4-Häuser-Projekt Tübingen oder auch das Mietshäuser-Syndikat, die Wohnraum nicht mehr als Kapitalinvestition, sondern als Ort für ein solidarisches Miteinander verstehen.

Wir sehen die Verantwortung bei der Stadt, das Leben auf kleineren Wohnflächen attraktiver zu gestalten und besser zu vermarkten. Dazu sollen Strategien erarbeitet werden, wie eine Gesellschaft weg vom Einfamilienhaus hin zum Mehrfamilien- oder Mehrgenerationenhaus aussehen kann.

# V. Biodiversität

Wir fordern, dass die Biodiversitätskrise, die parallel zur Klimakrise und durch diese bedingt verläuft, als solche auch von der Stadt Tübingen ernst genommen wird und alle zukünftigen Handlungen der Stadt darauf ausgelegt werden.

Das immer weiter voranschreitende Aussterben von Tier- und Pflanzenarten stellt eine Bedrohung für die Funktionstüchtigkeit der Ökosysteme sowie deren Dienstleistungen für den Menschen dar. Die Ernährungssicherheit und das gesunde Leben auf der Erde und damit auch in Tübingen sind durch die Biodiversitätskrise gefährdet.

## 1. Aufklärung

Die Stadt Tübingen soll sich der **Aufklärung über die Biodiversitätskrise** und ihrer Tragweite für den Menschen und seinen Lebensraum widmen. Es soll deutlich mehr Sensibilisierung für dieses Problem, dessen Lösungen und was wir als Land, als Kommune und als Einzelpersonen dazu beitragen können, geschaffen werden.

Unter anderem soll dabei auch auf das Verbot von „Schottergärten“ in Baden-Württemberg aufmerksam gemacht werden. Die Bildungsarbeit und Einbindung der Gesellschaft in gemeinsamen Lösungsmaßnahmen sollen in verschiedenen Formen, Institutionen und Bereichen stattfinden. Dabei können beispielsweise öffentliche Schränke für Pflanzensamen und Anleitungen für einen ökologisch wertvollen Garten eine Möglichkeit zur Einbindung der Bevölkerung darstellen.

## 2. Entsiegelung

Um der Erhitzung des städtischen Raums entgegenzuwirken und die Lebensqualität der Stadt zu erhöhen, fordern wir den Rückbau von versiegelten Flächen, wie beispielsweise Parkplätzen. Dabei soll der **Haagtorplatz als Beispiel für eine dauerhafte Entsiegelung** und Neugestaltung dienen und dabei das Prinzip des Urban-Community-Garden gefördert werden.

Wichtig ist, dass es nicht bei diesem Platz bleibt, sondern stetig weitere Flächen entsiegelt und neu genutzt werden. Dabei könnte ein Online-Beteiligungsprozess wie beim Radverkehrskonzept genutzt werden, in dem Bürger\*innen mögliche Flächen vorschlagen können, woraufhin die Möglichkeit der Umgestaltung geprüft wird. So können beispielsweise öffentliche Plätze, Urban-Gardening-Projekte oder kleine Inseln der Erholung im Stadtgeschehen entstehen.

Bereits entsiegelte Flächen sollen auf ihre **Funktionalität als Biotop** geprüft werden. Wichtige Flächen sind dabei der Botanische Garten, der Park hinter dem technischen Rathaus, Grünstreifen zwischen Straßen und an Gleisen sowie Friedhöfe. Diese Flächen sollen auf ihre Hochwertigkeit in ihrer Funktion als Biotop, Habitat und Ökosystem und in Hinblick auf maximale Biodiversität kritisch beleuchtet und biodiversitätsfördernde Maßnahmen entwickelt werden. Ein gutes Beispiel für Biotop mit hoher Biodiversität sind Wildblumenwiesen.

Solche Flächen sind mit Hinblick auf im Sommer zunehmend überhitzte Städte als Folge der Klimakrise auch in Zukunft immer bedeutender.

### 3. Neue Dienststelle

Es ist wichtig, das Thema Biodiversität auch im Stadtgeschehen mehr in den Fokus zu rücken und dabei das Augenmerk daraufzulegen, dass Klima- und Artenschutz zusammen gedacht werden müssen.

Denkbar wäre es dabei, zusätzlich zu der Dienststelle „Grün, ökologische Ausgleichsmaßnahmen“, eine Dienststelle zu schaffen, die unabhängig von Ausgleichsmaßnahmen für die **Begrünung und Entsiegelung von städtischen Flächen**, sowie für **Maßnahmen zur Steigerung der Biodiversität** zuständig ist. So könnte das gesamte Potenzial Tübingens in Hinblick auf eine möglichst biodiverse Stadt genutzt und koordiniert werden. Gerade eine solche Stelle kann es erleichtern, innovative Konzepte für Tübingen zu erarbeiten, die u. a. auch auf öffentlich bebautem Grund eine Begrünung möglich machen, wie z. B. in Form von Dach- und Fassadenbegrünung.

# VI. Ernährung

Der Bereich der Ernährung hat ebenfalls eine hohe Klimarelevanz und ist zugleich von einigen in anderen Sektoren greifenden Lenkungsmechanismen ausgeschlossen, wie zum Beispiel größtenteils beim Emissionshandel. Umso wichtiger ist es, dass die Stadt und der Gemeinderat die existierenden Einflussmöglichkeiten effektiv und umfangreich nutzen.

## 1. Mensa-Angebot

Wir fordern, dass in sämtlichen städtischen Einrichtungen mit Mensa-Angebot, einschließlich Kindergärten, Schulen, Berufsschulen, Büros etc., immer **mindestens ein täglich wechselndes veganes Gericht** verfügbar ist. Dieses vegane Gericht soll zudem das preisgünstigste Angebot des Tages darstellen. Des Weiteren fordern wir, die Anzahl der **Fleisch- und Fischgerichte** in den Mensen auf **maximal ein Gericht pro Woche** zu begrenzen.

Der Gemeinderat sollte als Vorbild für eine klimafreundliche Ernährung vorangehen. Daher soll bei Gemeinderatssitzungen und Ausschüssen ausschließlich veganes Essen angeboten werden.

Zudem sollen Regionalität und Saisonalität bei den verwendeten Zutaten sowie die Nutzung von Lebensmitteln aus ökologischer Landwirtschaft stärker beachtet werden. Tierische Produkte sollen ausschließlich aus den höchsten Haltungsstufen stammen. Weiterhin fordern wir einen verstärkten Einsatz gegen Essensverschwendung sowie für Müllvermeidung und -trennung.

Damit die Klimabilanz unserer Ernährung besser nachvollziehbar wird, sollen die Treibhausgasemissionen, die durch das Essen in den Mensen verursacht werden, bilanziert und transparent dargestellt werden. Zudem soll die Herkunft von Lebensmitteln wie Fisch und Fleisch offengelegt werden. Außerdem fordern wir Informationskampagnen zur Ernährung in Zeiten der Klimakrise zu Themen wie Regionalität, Saisonalität, Veganismus, Pestizide, soziale Gerechtigkeit sowie Wasser- und CO<sub>2</sub>-Verbrauch.

## 2. Foodsharing

Wir fordern nachdrücklich, dass das Konzept von Foodsharing und Lebensmittelverteilern **verstärkt beworben** wird, um das Wegwerfen von Lebensmitteln in Supermärkten und anderen Lebensmittelgeschäften einzugrenzen.

Darüber hinaus ist eine Erweiterung der bestehenden Strukturen von Foodsharing und Lebensmittelverteilern notwendig, um Ressourcen zu schonen. Dies kann gelingen, indem Verteilzentren ausgebaut werden, Kooperationen mit Supermärkten und Restaurants intensiviert werden und Anreize für Unternehmen und Privatpersonen, Lebensmittel zu spenden und zu teilen, geschaffen werden.

# VII. Klimawandelanpassung

Mit dem Fortschreiten der Klimakatastrophe nimmt auch die Bedeutung von Maßnahmen zur Klimawandelanpassung zu. Auch wenn es gelingt, die globale Erderwärmung, wie im Pariser Klimaschutzabkommen festgehalten, auf 1,5 Grad zu begrenzen, muss mit einer starken Zunahme an Hitzewellen, Überschwemmungen und Dürren gerechnet werden. Mit den derzeitigen Zusagen zum Klimaschutz wird sich die Erde voraussichtlich um bis zu 2,9°C erwärmen<sup>5</sup>, sodass mit einer dramatischen Zunahme von solchen Extremwetterereignissen gerechnet werden muss. Um diese Folgen abzumildern, müssen sich Kommunen an den Klimawandel anpassen.

## 1. Hitzeaktionsplan

Besonders in heißen Sommermonaten stellt die Klimakrise eine akute Gesundheitsgefahr dar. Allein für das Jahr 2022 schätzte das Robert-Koch-Institut die Anzahl an hitzebedingten Todesfällen in Deutschland auf 4.500<sup>6</sup>. Eine im „Nature“ erschienene Analyse geht mit 8.173 hitzebedingten Todesfällen von einer deutlich größeren Anzahl aus<sup>7</sup>.

Um die gesundheitliche Beeinträchtigung und Mortalität (Sterblichkeit) durch Hitze in der Bevölkerung zu senken und einer Überlastung des Gesundheitssystems entgegenzuwirken, haben einige Städte sogenannte Hitzeaktionspläne erstellt. Auch in Tübingen wurde einem interfraktionellen Antrag zur Erstellung eines Hitzeaktionsplanes im Gemeinderat zugestimmt. Allerdings wurde dieser bisher nicht umgesetzt.

Wir fordern die Stadt Tübingen auf, einen **kommunalen Hitzeaktionsplan** im Rahmen der Maßnahmen zur Klimawandelanpassung zu erarbeiten. Dazu fordern wir vor allem:

- Ausgabe von Trinkwasser in öffentlichen und sozialen Einrichtungen und die schnellstmögliche Installation der bereits zugesagten öffentlichen **Trinkwasserbrunnen** in der Stadt
- Schattenplätze an Spielplätzen, Bushaltestellen und anderen öffentlichen Flächen
- Informationssysteme zu Hitzeschutz in Tübingen
- Schulungen für Menschen im medizinischen Bereich
- Dusch- und Unterkunftsmöglichkeiten für Obdachlose
- Installation von Sonnencremespendern an öffentlich gut zugänglichen Orten

## 2. Wassermanagement

Weltweit führt die Klimakrise zu Wasserknappheit. Auch in Deutschland wird die Trinkwasserversorgung zunehmend vor Herausforderungen gestellt.

Wir fordern die Stadt Tübingen auf, ein Konzept zum **kommunalen Wassersparen** zu erarbeiten. Dabei sollen Möglichkeiten zur Regenwassersammlung geschaffen werden.

<sup>5</sup> <https://wedocs.unep.org/bitstream/handle/20.500.11822/43922/EGR2023.pdf?sequence=3&isAllowed=y>

<sup>6</sup> [https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2022/Ausgaben/42\\_22.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2022/Ausgaben/42_22.pdf?__blob=publicationFile)

<sup>7</sup> <https://www.nature.com/articles/s41591-023-02419-z>

Dies entlastet zum einen die Abwasserkanäle, gleichzeitig könnten daraus beispielsweise die Blumenkübel auf der Neckarbrücke bewässert werden.

### 3. Ökologische Stadtentwicklung

Bei der Stadtentwicklung sollen Nachhaltigkeit und Ökologie in den Vordergrund gestellt werden. Dabei sollen die Forderungen aus den Themenbereichen Biodiversität sowie Bauen und Wohnen stets berücksichtigt werden. Bei der Umgestaltung von Stadtvierteln soll auf **klimawandelangepasste Bebauung** wie z. B. die Einplanung von Frischluftschneisen und kühlenden Grünflächen geachtet werden.

### 3. Hochwasser- und Unwetterschutz

Bezüglich der in Zukunft vermehrt auftretenden Hochwasser soll geprüft werden, ob Renaturierungen, wie sie beispielsweise am Neckar zwischen Garten- und Bismarckstraße erfolgt, auch an weiteren Stellen am Neckar möglich und zielführend sind, um das Hochwasserrisiko zu reduzieren.

Eine weitreichende Renaturierung wirkt sich zudem positiv auf die Biodiversität aus.

# VIII. Querschnittsthemen

## 1. Schattenpreis von 237 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>-Äquivalent

Jede Tonne CO<sub>2</sub>, die ausgestoßen wird, verursacht langfristig Kosten, die zum Beispiel durch zunehmende Extremwetterereignisse oder Trockenheit entstehen. Der CO<sub>2</sub>-Schattenpreis ist ein Mittel, um diese externen Kosten schon heute in Berechnungen einzubeziehen. Er gibt also dem CO<sub>2</sub> und anderen klimaschädlichen Treibhausgasen einen Preis. Dieser bildet die Folgeschäden des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes eines Produktes (z. B. eines Bauprojektes) ab.

Daher sollen alle städtischen Einrichtungen und Unternehmen bei sämtlichen Entscheidungen und Beschlüssen mit einem **CO<sub>2</sub>-Preis von 237 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>-Äquivalent** rechnen und dies in ihre Kalkulationen aufnehmen. Auch wenn das aktuell zusätzlichen Aufwand bedeuten kann, werden nur so zukunftsgerichtete, nachhaltige Strukturen und Lösungen gefördert und bevorzugt. Der vorgeschlagene Preis ergibt sich aus Angaben des Umweltbundesamt (Stand 2022), nach denen eine Tonne Treibhausgasemissionen 237 Euro an Folgekosten hervorruft<sup>8</sup>. Da diese in Zukunft noch weiter ansteigen werden, ist es essenziell, den aktuellen Preis ernst zu nehmen und schon jetzt einzurechnen.

## 2. Klimavorbehalt

Wir erachten es als unerlässliche gemeinschaftliche Aufgabe des Gemeinderats, dafür zu sorgen, dass die Auswirkungen auf das Klima bei wirklich allen Entscheidungen, bei denen dies sinnvoll und notwendig ist, berücksichtigt werden und der Gemeinderat Lösungen bevorzugt, welche sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken. Dieser Pflicht soll der Gemeinderat sorgfältig und ambitioniert nachgehen.

## 3. Klimapakt mit Unternehmen und anderen Institutionen

Wir fordern, dass die Bemühungen über **Kooperationen mit Unternehmen** zur Förderung von Klimaschutz und Energieeinsparung mit verbindlichen Zielsetzungen verknüpft werden, welche eine schnelle Umsetzung zur Folge haben. Außerdem sollen hier noch weitere Anstrengungen für die **Gewinnung neuer Kooperationspartner\*innen** erfolgen. So ist beispielsweise die Universität Tübingen ein Partner, bei dem noch viel Potenzial zu mehr Klimaschutz besteht.

## 4. Sensibilisierung und Selbstwirksamkeit der Tübinger Bürger\*innen

Bei dem Informationsangebot der Stadt Tübingen zu den Auswirkungen privaten Konsums und dem Verhalten aller Bürger\*innen auf die CO<sub>2</sub>-Emissionen bestehen noch zahlreiche Verbesserungsmöglichkeiten.

---

<sup>8</sup> <https://www.umweltbundesamt.de/daten/umwelt-wirtschaft/gesellschaftliche-kosten-von-umweltbelastungen#klimakosten-von-treibhausgas-emissionen>

Wir fordern hier deutlich mehr Bildungsprogramme und eine Sensibilisierung und aufklärende Unterstützung für die Tübinger Bevölkerung bezüglich vom Klimaschutzprogramm nicht abgedeckten Themen, wie Ernährung, Flugverhalten oder privatem Konsum und eine starke Mobilisierung für Informationsveranstaltungen dieser Art. Zudem ist es von großer Relevanz, über **Möglichkeiten der Partizipation** aufzuklären, um die Selbstwirksamkeit zu fördern. So soll es den Tübinger Bürger\*innen erleichtert werden, sich aktiv für mehr Klimaschutz und Klimawandelanpassung zu engagieren.

Dafür könnte sich die Stadt z. B. für die Einführung einer Ehrenamtskarte, wie in anderen Städten Baden-Württembergs aktuell als Modellprojekt bestehend, einsetzen. Außerdem sollten diese Themen an Schulen relevanter werden und tiefgreifend im Schulalltag verankert werden.

## 5. Öffentlicher Raum ohne Konsumzwang

In Tübingen sollen vermehrt öffentliche Räume ohne Konsumzwang, beispielsweise How-to-Barista-Cafés, entstehen. Dies sind Orte, an denen Menschen **zusammenkommen** können, **ohne Geld dafür auszugeben** und an denen zudem Kaffee-Maschinen, Smoothiemaker oder Ähnliches zur Verfügung stehen.

Vereinzelt gibt es bereits solche Räume wie beispielsweise die Stadtbibliothek. Wir fordern, dass diese Orte noch aktiver beworben und in der Entstehung gefördert werden.

# IX. Nachwort

Die Stadt Tübingen muss ihrer Verantwortung gegenüber der Umwelt und nachfolgenden Generationen im Sinne des Artikels 20a des Grundgesetzes und der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte nachkommen.

Wir haben die Wahl zwischen einer Innenstadt, in der die Hitze über dem Asphalt und dem Beton flimmert. Einer Stadt, in der Fahrradfahrer\*innen ständig Angst haben müssen überfahren zu werden

Einer Stadt voll mit Autos, Lärm und Schadstoffen.

Oder: Einer Stadt, in der Bäume kühlen und Schatten spenden. Wohn- und Arbeitsraum, mit summenden Bienen auf den vielen Grünflächen. Einer Altstadt, durch die sich keine Autos quetschen. Einer Stadt mit kostengünstigem ÖPNV für alle. Wege, die genügend Platz für Fußgänger\*innen und Fahrradfahrer\*innen bieten.

Einem Ort für Menschen, nicht für Autos.

Wir fordern jede\*n Politiker\*in auf, sich kommunal für konsequenten Klimaschutz einzusetzen!

Tübingen hat dabei eine besondere Vorbildfunktion. Wir sind eine junge, grüne Stadt mit wenig Industrie. Wir haben die Möglichkeit voranzugehen. Wer, wenn nicht wir? Wann, wenn nicht jetzt?